



Was ich sagen wollte ...

**Mann der Arbeit, aufgewacht! Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.**

10. Strophe des Bundesliedes für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, 1863

Newsletter von Bernd Rützel

Nr. 18 | Mai 2011

Rettet unsere Arbeit

Gerade im Vorfeld des 1. Mai, dem Tag der Arbeit, ist es dringend notwendig über einen **verbesserten Arbeitsschutz** zu reden. Es geht nicht um ergonomische Arbeitsplätze, klimatisierte Räume, Sicherheits- und Schutzeinrichtungen die verhindern, dass Gliedmaßen abgetrennt werden oder Gehörschutz, Kopfschutz oder Fußschutz. Es geht um mehr: Es geht um den Schutz der Arbeit und es geht um die Würde der Arbeit und damit um die Würde des Menschen. Wir werden auch weiterhin mit aller Kraft nach Vollbeschäftigung streben. Denn Arbeit hat für uns Sozialdemokraten eine ganz besondere Bedeutung. Es geht nicht nur um Arbeit an sich, egal wie diese Arbeit sein mag und was sie einbringt. Deshalb lehnen wir auch entschieden den Slogan der Schwarz-Gelben ab, „Sozial ist, was Arbeit schafft“. Denn dieser leichtfertige Spruch ruiniert systematisch Wert und Würde der Arbeit. Es spielt nur denjenigen in die Karten, die aus Eigensucht so billige Löhne wie möglich zahlen wollen.

Für uns Sozialdemokraten heißt es: „**Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann.**“ Arbeit ist die Grundlage für Zufriedenheit und Selbstwert, für innere Würde und für den Anspruch, von anderen anständig behandelt zu werden. Gemeinsam mit den Gewerkschaften setzen wir auf das Leitbild der „**guten Arbeit**“. Arbeit, für die es einen gerechten Lohn gibt, von dem man anständig leben kann. Gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Humane und faire Arbeitsbedingungen. Anspruch auf eine ordentliche soziale Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter. Das schien lange Zeit ein Grundkonsens der deutschen Gesellschaft zu sein. Doch Arbeit ist heute prekärer geworden: durch Befristungen, Leiharbeit und eine massive Zunahme niedrig entlohnter Beschäftigung. Arbeit ist deshalb für viele Menschen keine sichere und dauerhafte Grundlage mehr für ein selbstbestimmtes Leben. Prekäre Arbeit verletzt das Selbstbewusstsein, das daraus gespeist war, für sich selbst und die Seinen sorgen zu können. Es haben sich zu viele Feinde in unsere Arbeitswelt eingeschlichen. Da lauern die Leiharbeit und die Zeitarbeit, da werden unbezahlte Überstunden abverlangt, es wird mit dem Verlust des Arbeitsplatzes gedroht, ganze Betriebe oder Abteilungen finden sich plötzlich in Tochtergesellschaften wieder, ohne Veränderung ihres Umfeldes, nur mit einem deutlich geringeren Lohn und da werden Löhne gezahlt, von denen man nicht leben kann. Betrachten wir dies vor dem Hintergrund des demographischen Wandels mit dem Einhergehen des Fachkräftemangels, verspielen wir gerade unsere Zukunft. Im

Arbeitsmarkt ist es genauso wie in der Energiewirtschaft. Man kann nicht einfach den Schalter umlegen und dann geht es weiter. Wir brauchen einen Plan. Einen Konsens. Die Weichen müssen richtig gestellt werden und dann werden wir eine halbe Generation später die Früchte einfahren. Wir alle! ArbeitnehmerInnen und die Arbeitgeber. Wir brauchen uns gegenseitig. Und weil das auf Augenhöhe geschehen soll, nennt man das Sozialpartnerschaft.



Leiharbeit muss begrenzt werden.

Eine Million Menschen sind derzeit in der Leiharbeitsbranche beschäftigt. Viele von ihnen leiden unter prekären Arbeitsbedingungen. Generell befinden sich LeiharbeiterInnen in einer schwachen Position und können sich oft nicht helfen. Ungünstige Einsatzzeiten und -orte, Probleme mit der Abrechnung, unzureichende Arbeitsausrüstung, Willkürscheidungen von Vorgesetzten, Stammbeslegschaften, die ihnen die ungeliebtesten Arbeiten aufhalsen – all dies müssen viele widerspruchslos über sich ergehen lassen, weil sie jederzeit austauschbar sind. Sie sind nicht nur abhängig, sondern auch fast ohne Rechte. Ziel unserer Politik muss es sein, für soziale Gerechtigkeit zu sorgen und die Benachteiligungen abzubauen. Das von der Wirtschaft geforderte und von den Gewerkschaften anfangs tolerierte Leiharbeitsverhältnis wurde nicht die Ausnahme, es wurde fast die Regel. Hier wurde der Bogen überspannt und nun muss zurückgedreht werden. Es muss die max. zulässige Einsatzzeit in einem Betrieb begrenzt werden und es muss eine Quote für den Betrieb festgelegt werden. Dieses Instrument soll für die Betriebe zum „atmen“ dienen, also Auftragsspitzen auffangen. Zu gleichen Löhnen und Bedingungen, versteht sich. Hier schnell zu handeln ist das Gebot

der Stunde, weil ab 1. Mai die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt. Wenn die auf den Arbeitsmarkt drängenden Konkurrenten schlechtere Arbeitsbedingungen akzeptieren, könnte der Druck auf die Beschäftigten steigen und sich der Verdrängungswettbewerb in der Branche noch verschärfen – zulasten der Beschäftigten. Die Union will keine Mindestlöhne und -standards, die FDP schon gar nicht und die Grünen haben nur die Umwelt im Kopf. **Das ist unser Feld, unsere Aufgabe. Sozialdemokratische Politik eben.** Gerade auch deshalb, weil wir die Türen für die Leiharbeit selber geöffnet haben.

Arbeitnehmerfreizügigkeit

Für den Arbeitsmarkt in Deutschland ist der 1. Mai 2011 ein ganz besonderer Tag. Ab heute gilt die volle sogenannte Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das heißt, von nun an können alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Mittel- und Osteuropas in Deutschland arbeiten. Viele in Deutschland machen sich deshalb Sorgen. Sie fürchten Konkurrenz durch Billiglöhner. Das ist zwar nachvollziehbar, darf aber nicht zu Ablehnung gegenüber den Menschen aus unseren Partnerländern führen. Schließlich kann man niemandem verdenken, diese neue Freiheit zu nutzen. Wir dürfen nicht vergessen: **Die Überwindung der Teilung Deutschlands war nur als Überwindung der Teilung Europas möglich.** Die daraus erwachsene Freiheit ist nicht teilbar. Wir wollen keine Mauern mehr. Wir wollen aber faire Regeln. Denn eins muss doch klar sein: Diese neue Freiheit darf nicht zu einer gezielten Unterbietung der Standards auf dem deutschen Arbeitsmarkt missbraucht werden. Fairer Wettbewerb bedeutet, dass für alle die gleichen Regeln gelten müssen.

Gleicher Lohn für Frauen

Frauen verdienen immer noch 23 Prozent weniger als Männer. Zehn Jahre ist es jetzt her, seit die Wirtschaft eine Selbstverpflichtung zur Gleichstellung eingegangen ist. Nichts ist passiert. Nach zehn Jahren sollte jedem klar sein: So geht es nicht. Die Zeit der Freiwilligkeit ist vorbei. Die SPD schlägt ein „**Entgeltgleichheitsgesetz**“ vor, das die eklatante Benachteiligung von Frauen verhindern wird. **Eine Frauenquote von 40 Prozent für Vorstände und Aufsichtsräte würde unserem Land gut tun.** Ohne Quote geht's eben nicht. Oder ist etwa wirklich jemand der Meinung, dass in den Aufsichtsräten nur 2 Prozent Frauen sitzen, weil nur 2 Prozent der Frauen die nötige Qualifikation dafür haben?

Dies meint jedenfalls

Bernd Rützel